

Wortprotokoll zu TOP 1

Öffentliche Sitzung

Teilweise nichtöffentlich zu TOP 1

Hauptausschuss

91. Sitzung

19. November 2025

Beginn: 10.01 Uhr

Schluss: 18.33 Uhr

Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann setze ich die Sitzung fort und rufe auf:

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
„Sozialausgabensteuerung“
(auf Antrag aller Fraktionen)

[2503](#)

Haupt

Hierzu: Anhörung

Mitberaten werden:

- a) Vertraulicher Bericht SenFin – II D – vom 07.10.2025
Vorläufiger Jahresabschluss 2024
hier: Steuerungsmöglichkeiten Transferausgaben
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)

[2157 I](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 49 – Jugend und Kinderschutz
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2485](#)

Haupt

- c) Sammelvorlage SenWGP – Z C 2 – vom 06.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 09
hier: Bericht 6 - Personalkostenausstattung und
Transferkostensteuerung
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2486](#)
Haupt

Ich begrüße für den Senat Herrn Staatssekretär Bozkurt und als Anzuhörenden als Vertretung der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Herrn Martin Hoyer erneut im Hauptausschuss – Sie kommen ja häufiger in letzter Zeit –, den Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Berlin.

Zum Ablauf der Besprechung mit Anhörung möchte ich darauf hinweisen, dass der zur Mitberatung vorliegende Bericht mit der roten Nummer 2157 I vertraulich ist. Soweit Besprechungsbedarf zu den vertraulichen Inhalten des Berichts besteht, bitte ich darum, diese Punkte nach Abschluss der Anhörung anzusprechen. Wir müssen dann die Öffentlichkeit ausschließen. – Dann frage ich mal, ob eine der antragstellenden Fraktionen die Besprechung begründen möchte, und dazu meldet sich Frau Kollegin Dr. Schmidt. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Zunächst vielen Dank, dass es heute zu dieser Anhörung kommt! Die Steuerung der Sozialausgaben ist ein wichtiges Thema. Wenn wir uns anschauen, wie die Sozialausgaben in den letzten Jahren angestiegen sind, dann wissen wir, dass es allen Grund gibt, uns regelmäßig mit diesem Thema auseinanderzusetzen, auch wenn der Anstieg der Sozialausgaben eigentlich parallel zu dem Anstieg der Ausgaben im Gesamthaushalt läuft. Es ist nicht so, dass da überproportional etwas ansteigen würde, sondern tatsächlich parallel. Es gibt also gewisse Zusammenhänge.

Ohne dass ich jetzt auf konkrete Fragen eingehen will, das machen wir, glaube ich, dann im Dialog, will ich ganz am Anfang ein paar grundsätzliche Dinge sagen, nämlich die Steuerung der Sozialausgaben ist ein wichtiges Thema, und wir müssen uns genau anschauen, welche Rahmenbedingungen es braucht, um zu einer erfolgreichen Steuerung der Sozialausgaben zu kommen. Es gehört für uns dazu, dass man am Anfang Geld in die Hand nehmen muss, um bestimmte Rahmenbedingungen zu installieren, zu implementieren, um im Ergebnis dann erfolgreich umsteuern zu können. Das haben wir an einer Stelle exemplarisch schon getan. Ich nenne jetzt mal das Flexibudget. Pünktlich heute liegt der Bericht zum Flexibudget vor, und der macht sehr deutlich: Dort, wo wir konkret in die Prävention gehen, in die Vorbeugung von Hilfeverläufen gehen, macht es Sinn, und wir kommen mittel- und langfristig zu deutlichen Einsparungen, was die Kosten betrifft, vor allem aber auch zu einer wesentlich höheren Lebensqualität für die Betroffenen, und beides sollte Ziel bei der Steuerung der Sozialausgaben sein.

Noch eines will ich grundsätzlich sagen: Das Land Berlin hat sich zu einer Zeit ganz bewusst entschieden, die sozialen Aufgaben und die sozialen Leistungen an Träger auszulagern. Damit hat das Land Berlin aber nicht die Pflicht verloren, für die Menschen zu sorgen. Das heißt für mich aber kongruent, dass wir auch dafür Sorge zu tragen haben, dass die Träger in die Lage versetzt werden müssen, diese Leistungen adäquat, sachgerecht und fachgerecht ausüben zu können. Auch wenn ich jetzt gar nicht auf die Vertraulichkeit eingehen will, aber wenn dann hier steht, dass man bei einer Personalunterdeckung auch Kosten zurückverlangen können

muss: In der Konsequenz ist das sicherlich so, aber in der Konsequenz. Vorab geht es doch darum, wie es gelingt – im HzE-Bereich haben wir es vorgemacht –, mit der Senatsverwaltung in zentraler Steuerungsverantwortung, mit den Bezirken in dezentraler Umsetzungsverantwortung und den Trägern gemeinsam zu schauen, wie wir ein bestimmtes Controlling, aber auch bestimmte Leistungen sach- und fachgerecht auf den Weg kriegen. Wo sind die Problemlagen? Wo müssen wir gemeinsam umsteuern, und vor allem, wo braucht es eine ressortübergreifende Zusammenarbeit? Wo können wir Leistungen nicht nur singulär betrachten? Hier sind eine ganze Reihe von Leistungen aufgeführt, die aus meiner Sicht nur Sinn machen, wenn es tatsächlich eine ressortübergreifende Zusammenarbeit gibt, beispielsweise wenn multiple Problemlagen vorliegen, wo verschiedene Ämter an der Familie dran sind. Dann macht es doch nur Sinn, wenn man sich das gemeinsam anschaut und gemeinsam bearbeitet. Wir haben damals auch noch, ich erinnere an die sozialraumorientierte Steuerung, ganz bewusst dieses Instrument mit ins Spiel gebracht, denn auch in den Sozialräumen gibt es Ressourcen, um Familien zu unterstützen, um Hilfebedürftige zu unterstützen. Nur, es gelingt nur dann, sie zu heben, wenn es ein gemeinsamer Prozess ist und kein Prozess von Senatsverwaltungen, Bezirken oder Trägern allein. Das funktioniert nur gemeinsam.

Ich würde mich freuen, wenn Sie in Ihren Ausführungen auch schon auf die Verhandlungen eingehen, die mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände laufen, wo es auch um die Rahmenverträge geht. Wir haben es geschafft, im Kitabereich beispielsweise, eine Kostenblattfinanzierung zu verhandeln, ein über Jahre bewährtes Instrument. Es gibt eine Fachleistungsstunde, die kostet eine Summe X, egal, wer sie erbringt. Genauso erwarte ich, dass wir mal genau anschauen, warum es nicht möglich ist, auch im sozialen Bereich nicht mit jedem einzelnen Träger Verhandlungen zu führen, sondern zu sagen, es gibt eine Fachleistungsstunde, die kostet eine Summe, und egal welcher Träger sie erbringt, ist sie zu finanzieren, denn wir erhöhen damit nicht die Wirksamkeit, wir erhöhen damit Kontrolle, Verwaltungsaufwand, und die Flexibilität im Umgang mit den Betroffenen wird dadurch nicht größer, sie wird geringer.

Ähnlich verhält es sich mit dem Thema Fachleistungsstunde versus Trägerbudgets. Da steht dann am Ende: Können wir nicht umsetzen, weil nicht einschätzbar ist, ob und welche Summe damit eingespart werden kann. – Ja, liebe Leute, da braucht man doch keine Fantasie. Eine Verwaltung kontrolliert jede einzelne Fachleistungsstunde. Was kommt dabei beim Betroffenen an? – Nichts. Die Arbeit machen die Träger vor Ort, und ein Trägerbudget erhöht Flexibilität und Wirksamkeit, gibt aber ein Stück weit Kontrolle aus der Hand. Es gehört aber in der Zusammenarbeit auch ein bisschen Vertrauen dazu. Die gewinnt man aber nur dann, wenn man tatsächlich zusammenarbeitet.

Ich gehe gerne noch auf den Brief von Oliver Bürgel für die LIGA ein. Bei aller Vertraulichkeit gehört aber eine gewisse Einbeziehung der Träger in diesen Prozess für mich für eine erfolgreiche Umsetzung dazu. Deshalb war es mir und war es uns heute wichtig, auch die Träger und die LIGA einzuladen, damit wir gemeinsam in den Dialog kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann darf ich für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Herrn Staatssekretär Liecke begrüßen und bei dieser Gelegenheit den Senat fragen, ob er das Wort für eine einleitende Stellungnahme wünscht. – Herr Staatssekretär Schyrocki, bitte!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit! Die Senatsverwaltung für Finanzen hat diesen Bericht hier eingebracht. Insofern gestatten Sie mir vielleicht nur einige kleine Anmerkungen vor dieser Anhörung.

Frau Dr. Schmidt! Sie haben gerade schon den Haushalt und den Bezug zum Haushalt hinsichtlich der Sozialkosten angesprochen. Das ist sicherlich ein wesentlicher Bestandteil dessen, warum unsere Kosten im Haushalt steigen, dass diese Sozialkosten so sehr gestiegen sind. Insofern ist dieses Instrument, das wir genutzt haben oder jedenfalls diese Projektgruppe, die sich damit beschäftigt hat, wie wir letztendlich effizienter mit den Kosten umgehen können, sehr notwendig gewesen. Ich bin den beteiligten Fachverwaltungen und den Bezirken, die gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Finanzen in den letzten Monaten zusammengesessen haben, sehr dankbar, dass wir in relativ kurzer Zeit ein solches Ergebnis zustande gebracht haben. Lassen Sie mich einmal ganz deutlich sagen, Frau Dr. Schmidt, weil es bei Ihnen schon angeklungen ist, und weil ich mir vorstellen kann, was in der Anhörung jetzt zum Ausdruck kommen wird: Es geht hier um eine Steuerung der Kosten. Es geht hier nicht darum, den einzelnen Menschen irgendeine Leistung wegzunehmen oder um Reduzierung von Leistungen, sondern es geht vor allen Dingen darum, sich die Prozesse anzugucken, was in den Prozessen optimiert werden kann und was wir dort für ein Potenzial haben, gegebenenfalls Einsparungen in diesen Prozessen zu erzielen. Diese 34 Maßnahmen, die aus noch viel mehr, ich glaube, es waren über 200 Maßnahmen, zusammengetragen wurden, die dort priorisiert worden sind: Was kann man kurz-, mittel- und langfristig umsetzen, und was hat vor allen Dingen eine Auswirkung auf den Haushalt? Wo können wir gegebenenfalls effizienter unterwegs sein? –, zeigen sehr deutlich, dass es hier nicht darum geht, den gesetzlichen Anspruch, den wir haben und auch die Fürsorge für die Menschen in unserer Stadt im sozialen Bereich zu beschränken, sondern dass es vor allen Dingen darum geht, wie man die unterschiedlichen Strukturen, und die sind, wie Sie angesprochen haben, Frau Dr. Schmidt, sehr vielfältig, besser steuern und optimieren kann.

Jetzt wird wahrscheinlich im Laufe der Diskussion die Frage kommen, was uns das insgesamt für den Haushalt bringt, denn wir sind ja hier im Hauptausschuss. Ich glaube, das kann man kumulativ nicht zusammenzählen, weil man sich jede einzelne Maßnahme gesondert angucken muss, und eine gemeinsame Betrachtung ist dafür nicht sinnvoll. Insofern freue ich mich darüber, dass wir hier verabredet haben, relativ schnell in die Umsetzung, in die Planung der Umsetzung, und in eine Zeitschiene zu gehen, wie wir mit den verantwortlichen Ressorts in eine Meilensteinplanung gehen können, und dass wir dann über das Lenkungsgremium, die Struktur, die wir uns dort gegeben haben, weiter Entscheidungen treffen können. Insofern ist aus unserer Verantwortung, die diese Bündelung und Steuerung dieser einzelnen Prozessschritte unternimmt, dieser Maßnahmenkatalog, den wir hier vorgelegt haben, sehr angezeigt, und das zeigt auch, dass wir die Verwaltungsmodernisierung ernst nehmen. Ich finde es eigentlich fast beispielhaft. Obwohl es nicht unmittelbar mein Ressort ist in der Senatsverwaltung für Finanzen, wo ich zuständig bin, bin ich eigentlich, als ich mich in den letzten Tagen intensiver damit beschäftigt habe, sehr angetan davon, was in der Verwaltung eigentlich möglich ist, einmal das zu hinterfragen, was wir seit Jahrzehnten machen. Dieses Es-läuft-immer-so-weiter ist ein wesentlicher Bestandteil dessen, warum Kosten immer wachsen. Ich glaube, man muss mal sehr kritisch in die einzelnen Prozesse hineingucken. Das haben wir hiermit gemacht. Es ist ein bisschen widersprüchlich, dass wir auf der einen Seite hier eine Anhörung haben und auf der anderen Seite aber im vertraulichen Teil den Bericht erörtern, aber es sind

relativ konkrete finanzielle Dinge hinterlegt, die insofern nicht in die Öffentlichkeit gehören. Dafür bitte ich noch einmal um Verständnis und freue mich auf die Anhörung. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Nun erteile ich Ihnen, Herr Hoyer, gerne das Wort für ein Statement von circa fünf Minuten. – Bitte schön!

Martin Hoyer (Der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e. V.; Geschäftsführer): Vielen Dank! – Fünf Minuten sind herausfordernd für das Thema, ich will mich aber bemühen.

Vor 14 Tagen konnte ich hier über einen aus unserer Sicht ziemlich gelungenen Prozess bezogen auf die Zuwendungsvereinfachung berichten. Auch wenn ich bei der Geschwindigkeit mit den Ergebnissen nicht so ganz zufrieden bin, muss ich aber sagen, im Vergleich zu dem, worüber wir heute reden, ist es im Prinzip das ganze Gegenteil. Es ist schon erstaunlich, dass wir hier heute eine Anhörung zu einem Vorgang haben, der sich auf einen Bericht bezieht, der nicht öffentlich ist und uns somit nicht vorliegt, gleichzeitig aber – Chapeau an Herrn Fahrn – der Morgenpost offensichtlich vorliegt und wir als LIGA nun vor der Frage stehen, was wir eigentlich jetzt sinnvoll zu dem Thema sagen können. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass Herr Bürgel, der heute gerne hier gewesen wäre, aber terminlich nicht konnte, Ihnen geschrieben hat, genau auf dieses Problem hingewiesen und deutlich gemacht hat, dass sich vor dem Hintergrund des Prozesses, wie wir ihn erlebt haben, unsere Position aus dem Mai, wo wir uns zum Thema positioniert haben, relativ wenig verändern kann.

Zum Thema: Worum geht es eigentlich? – Es geht um Rechtsansprüche, die Bürger nach den Sozialgesetzbüchern haben, und die durch freie Träger der Wohlfahrtspflege als Sachleistungen erbracht werden. Jeder dieser Rechtsansprüche wird einzeln durch die zuständige Behörde geprüft und beschieden. Über die Erbringung und über die Finanzierung bestehen mannigfaltige Vereinbarungen zwischen den Leistungserbringern und dem Land Berlin. Die Kosten werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben prospektiv kalkuliert. Die Zahlungen erfolgen immer nur dann, wenn tatsächlich eine Leistung erbracht worden ist. Die Vereinbarungen beinhalten darüber hinaus auch zahlreiche Prüfmöglichkeiten für das Land Berlin. Konkret sprechen wir, und da geht es jetzt los, dass es ein bisschen schwierig wird – – In der Morgenpost lese ich von 9,7 Milliarden Euro Transferausgaben. Wir sind ursprünglich im Mai mal eingeladen worden mit der Überschrift 4,9 Milliarden Euro. Ich kann jetzt nur mutmaßen, was dazugekommen ist oder nicht mitbetrachtet wird, aber konkret geht es um ungefähr 250 000 Kinder, die in Kitas und Ganztagschulen ganztägig betreut werden. Es geht um etwa 30 000 Menschen mit Behinderung, die Teilhabeleistungen erhalten. Es geht um etwa 30 000 Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer familiären Situation Hilfen zur Familie benötigen. Es geht um 4 000 Menschen, vorrangig aus der Wohnungslosigkeit, die Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten bekommen, und es geht um etwa 18 000 Menschen, die Hilfe zur Pflege benötigen, weil sie sich selbst in ihrer Pflegebedürftigkeit die Pflegekosten nicht leisten können. Es geht also um etwa 330 000 Menschen in unserer Stadt und ihre An- und Zugehörigen und Familien, und für diese Menschen arbeiten circa 70 000 Beschäftigte bei den Wohlfahrtsverbänden und den freien Trägern. Das ist sicherlich eine sehr große Summe. Das, was ich Ihnen eben aufgezählt habe, hat im Jahr 2024 etwa 5,5 Milliarden Euro gekostet, etwa 14 Prozent der gesamten Ausgaben des Landes Berlin. So viel hat es 2019 auch schon gekostet. Die Summe war niedriger, aber es waren auch 14 Prozent des Gesamthaushaltes.

Ich bedauere, das habe ich in allen Runden schon immer gesagt, extrem, dass wir seit 2022 keinen ISD-Bericht mehr über das Monitoring der Finanzzahlen haben. Wir hatten da ein hervorragendes Material, das wir über Jahre immer wieder fortgeschrieben bekommen haben, wo man sehr gut ablesen konnte, wie die Entwicklungen sind und wie sich das auch in den unterschiedlichen Leistungen unterscheidet. Dieser Bericht ist nach meinem Kenntnisstand eingestellt worden. Ich wurde dann immer auf die SoFinData verwiesen, dass dort jetzt alles zu finden sei. Das Problem ist nur: Das ist nicht öffentlich im Gegensatz zu einem Bericht an das Abgeordnetenhaus, so er nicht wie dieser hier vertraulich gestellt ist. Wir haben bereits in den Jahren 2016 bis 2018 erfolgreich eine AG Sozialausgabensteuerung gehabt. Es gab dort Empfehlungen für weiterführende Steuerungsbemühungen und für Projekte. Der Senat hatte entschieden, dass diese Empfehlungen tatsächlich in einen Senatsbeschluss münden, und wir haben keine Auseinandersetzung damit, was mit diesen Ergebnissen tatsächlich passiert ist, welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden konnten und wie die Bewertung der ganzen Geschichte ist.

Bezogen auf die 4,9 Milliarden Euro oder 5,5 Milliarden Euro, wie ich sie eben aufgeblättert habe, weil ich die Ganztagsbetreuung mit reingenommen habe, muss man natürlich auch deutlich sagen, dass die Entwicklung der Kosten nicht in allen Bereichen einheitlich und gleich ist, und die Ursachen werden nicht in allen Bereichen einheitlich und gleich sein. Das ist auch eine unserer großen Kritiken. Wir haben immer wieder versucht, herauszubekommen: Wie ist denn überhaupt eine Bewertung vorgenommen worden ob der Zahlen? Wie ist denn überhaupt versucht worden zu erkennen, welche Entwicklungen hier eigentlich auf was wirken? Welche Zusammenhangsentwicklungen gibt es, und wie kann ich das einordnen? Wie kann ich das bewerten in Betrachtung von unterschiedlichen Prozessen? –, denn im Bereich der Kindergärten, Kindertagesstätten, das wissen Sie alle, davon haben Sie schon gehört, es steht auch regelmäßig in der Zeitung, haben wir im Augenblick erheblich zurückgehende Kinderzahlen. Das wird Auswirkungen auf die Kosten haben. Wir haben im Bereich der Hilfen zur Erziehung im Augenblick ansteigende Zahlen. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersgruppe, die betroffen ist, Sechs- bis Achtzehnjährige – Von 2019 bis 2024 haben wir 14 Prozent mehr in der Stadt. Es ist nicht so wahnsinnig verwunderlich, dass unter diesen 14 Prozent mehr auch ein ungefähr gleichbleibender Anteil von Kindern und Jugendlichen ist, die einen Bedarf an Hilfen zur Erziehung haben. Auch das ist ein Effekt, der natürlich zu Steigerungen führt.

Selbstverständlich haben wir aber auch Kostensteigerungen. Ich habe eben gesagt, 70 000 Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt, vielleicht sind es auch 80 000. Ich konnte es in der Kürze der Zeit nicht ganz genau ermitteln, aber in der Größenordnung bewegen wir uns, und wir haben in den letzten Jahren erhebliche tarifliche Entwicklungen gehabt. Diese waren politisch gewollt, und es ist auch gut so, dass die Mitarbeitenden, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Pflegekräfte eine entsprechende Anhebung ihrer Vergütung bekommen haben, und die schlägt sich selbstverständlich dann auch in Kosten nieder.

Ich habe etwas zu der Unterschiedlichkeit der Entwicklung von Kosten und Fallzahlen gesagt. Mir fehlt ein bisschen in der Diskussion die Bewertung und die Einordnung in Bezug auf allgemeine Entwicklungen. Es ist keinesfalls so, dass die Frage der Kostensteigerungen in diesen Bereichen ausschließlich in Berlin diskutiert wird, sondern sie wird ja bundesweit disku-

tiert. Das ist eine Entwicklung, die sich daraus ergibt, dass wir diese Rechtsansprüche in den Sozialgesetzbüchern in allen Bundesländern gleich haben, dass wir diese tariflichen Entwicklungen im Wesentlichen auch in allen Bereichen gleich haben, und dass wir besondere gesellschaftliche Entwicklungen in unserem Land haben, die auch darauf wirken. Nicht zu vergessen, in der Zeit zwischen 2019 und 2024 lag auch so eine kleine Pandemie. Daran kann sich der ein oder andere vielleicht noch erinnern. Wir wissen aber ehrlicherweise auch nicht so genau, ob das besondere Auswirkungen auf die Kostenentwicklung hat, aber wir wissen natürlich schon, dass sie besondere Auswirkungen auf die Lebenslagen der Menschen hatte, insbesondere, wenn ich auf die jungen Menschen und auf Menschen, zum Beispiel mit Behinderung, schaue und da insbesondere im Bereich der seelischen Behinderung. Das ist eine beobachtbare Zunahme von Problemlagen. Die schlagen sich in diesen Zahlen auch nieder. Sie sind aber eben in jedem dieser Bereiche unterschiedlich, dieses Betrachten eines Blockes und eines grobschlächtigen Draufschauens erachten wir als höchst schwierig.

Nur mal ein Beispiel: In dem Bericht rote Nummer 2157 A, der war öffentlich, wird für den Bereich der Eingliederungshilfe eine Kostensteigerung von 2023 auf 2024 um 9,7 Prozent ausgewiesen. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, weil ich mich doch ein bisschen für heute vorbereitet habe, dass bundesweit die Kosten in dem Zeitraum um 12,9 Prozent gestiegen sind. Bedeutet das, dass wir in Berlin besonders gut gesteuert haben, oder was bedeutet das? Wir müssten das mal in irgendeiner Form ins Verhältnis setzen.

Auf diesen Bereich wirken unterschiedlich das Thema der Kosten, das sind Personalkosten, aber auch Infrastrukturkosten. Wir haben in dieser Stadt auch ein nicht ganz bescheidenes Problem mit Immobilienmieten und den entsprechenden Kosten. Aber auf diese Kosten wirken eben auch Versorgungsdichten, also wie viele Kinder und Jugendliche, wie viele Menschen mit Behinderungen, wie viele Menschen, die pflegebedürftig sind, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in unserer Stadt versorgt werden. Auch da gäbe es Vergleichszahlen, die uns hilfreich sein könnten bei der Analyse dieser Kosten, und die uns hilfreich sein könnten in der Frage, wie man Steuerungsprozesse einsetzen kann. Da würde ich mich gerne noch mal auf Frau Schmidt beziehen, denn ich glaube tatsächlich, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist, den wir beachten müssen. Wenn wir diese teuren Hilfen vermeiden möchten, dann müssen wir in Prävention investieren, und wir tun im Augenblick in unserer Stadt durch den Abbau der sogenannten freiwilligen Leistungen das Gegenteil. In dieser Situation finde ich es schwierig, wie der gesamte Prozess gelaufen ist.

Wie war die bisherige Beteiligung der LIGA? – Nachdem wir im März die Besprechungsunterlage der Staatssekretärskonferenz zugespielt bekommen haben, haben wir zur Kenntnis genommen, dass dort eine Arbeitsgruppe tagt. Wir haben dann mehrfach in verschiedenen Gesprächen, Herr Bozkurt und Herr Liecke können sich entsinnen, immer wieder in unseren Runden gesagt: Was ist damit? Wie werden wir beteiligt? Wie können wir uns einbringen? In dem Papier steht doch drin, die Wohlfahrtsverbände werden beteiligt. – Wir erhielten dann zum Juni eine Einladung in die Arbeitsgruppe, die uns vorab keine Informationen hat zukommen lassen, wie der Arbeitstand ist und was die geplanten Maßnahmen sind. Zu der Zeit kursierte in dieser Stadt eine Liste mit 200 unterschiedlichen Maßnahmen, die wir zum Teil als abenteuerlich eingestuft haben. Wir haben dann noch mal konkret nachgefragt, was denn diese ganzen Punkte sind, die ich eben benannt habe, also wie es mit der Vergleichsbetrachtung, mit den unterschiedlichen Entwicklungen und so weiter ist, und haben darauf aber keine richtige Antwort bekommen. Dieser Termin lief nicht besonders optimal ab. Nach anderthalb

Stunden haben wir ihn beendet. Wir waren gleichzeitig aufgefordert, und da wurde uns eine Exceltabelle mitgebracht: Bitte, gebt eure eigenen Maßnahmen ein, und schreibt auch schon mal rein, wie viel man damit einsparen kann. – Das stand tatsächlich in dieser Liste drin.

Das konnte nicht zu einem guten Ergebnis kommen. Nachdem wir uns darüber beim Regierenden Bürgermeister beschwert haben, gab es dann eine Runde mit den Staatssekretärinnen der betroffenen Verwaltungen, die war sehr freundlich, aber auch noch relativ unbestimmt. Es wurde uns offeriert, dass es demnächst die Maßnahmen geben würde und man dann in kleinen Gruppen die Maßnahmen vorstellen würde. Diese Runden fanden dann statt, und sie fanden sehr unterschiedlich statt. Bei der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Familie haben wir relativ ausführlich eine Darstellung über die Themen, die von SenBJF eingebracht worden sind, bekommen. Bei der Senatsverwaltung ASGIVA haben wir auch intensiver darüber gesprochen und haben auch jeweils den Namen der Maßnahme und die dahinterliegende Beschreibung der Maßnahme vorgestellt bekommen. Bei der Senatsverwaltung für Finanzen haben wir die Überschriften benannt bekommen und haben in einer einstündigen Videokonferenz dazu ein paar Erläuterungen erhalten. Das ist der Stand.

Wir haben in dem Augenblick natürlich alle darauf vertraut, dass wir aus dem Bericht dann irgendwie erkennen können, wo es eigentlich wirklich hingeht und was die konkret hinterlegten Maßnahmen sind, und so sitze ich jetzt hier heute in der Anhörung, kann mich auf das beziehen, was ich in der Morgenpost gelesen habe, kann mich auf das beziehen, was ich aus Gesprächen weiß, und könnte Ihnen natürlich gern zu den 34 Maßnahmen auch eine Einschätzung abgeben. Ich weiß nur nicht, ob ich wirklich richtigliege, weil ich nicht weiß, wie die Maßnahmen konkret beschrieben sind. Ich habe jetzt hier schon die ganze Zeit versucht, bei Herrn Boskurt in die Akte zu schauen, um mal ein bisschen rauszubekommen, wie tief sie beschrieben sind. Dazu ist meine Brille jetzt gerade nicht stark genug. – So der Stand.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Hoyer, dann darf ich mich bedanken! – Wir kommen jetzt zu den Statements und Fragen der Fraktionen, und die Wortmeldung des Kollegen Ziller von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die mir schon vorliegt, rufe ich gern auf. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ja, einmal tief durchatmen. Ich bin jetzt auch schon ein Weilchen hier, aber ich glaube, so ein Theater habe ich wirklich noch nie erlebt.

Das ist meine erste Frage: Was ist an diesem Bericht eigentlich vertraulich? Warum liegt der zur Debatte nicht vor? Ich will einleitend auch sagen: Diese Debatte über die Sozialausgaben, wie wir effizienter werden, wie wir Menschen besser helfen können und mit dem Landeshaushalt besser umgehen, ist eine der zentralen, wichtigen Debatten, die wir führen müssten, und dann kommt der Senat mit einer Vorlage – mit Verlaub, ich finde da nichts Vertrauliches, das ist auch nichts, was Sie nicht zwischen den Zeilen oder explizit hier in dieser Runde schon mal gesagt haben, mit vielen Verweisen auf den Bundeskoalitionsvertrag, mit viel Hoffnung, dass da irgendwelche Voodoozahlen zustande kommen –, und dann hört man hier, dass nicht mal die Leute, die die Leistung erbringen oder die in dem Bereich tätig sind und auch die Maßnahmen kriegen, vernünftig eingebunden werden, um gemeinsam darüber reden zu können, wie es weitergehen soll. Wir haben auch im Unterausschuss Verwaltung die Hälfte der Maßnahmen öffentlich diskutiert. Insofern glaube ich, muss der erste Schritt sein, dass diese Vorlage öffentlich wird, damit man eine vernünftige Debatte führen kann. Der zweite Schritt wäre, dass man die Maßnahmen auch nach Fachbereichen sortiert und der Bildungsausschuss zu den Bildungsmaßnahmen noch mal eine Stellungnahme abgibt, sich mit denen beschäftigt, der Sozialausschuss für die Eingliederungshilfe und Pflege, ich weiß gar, in welchem Ausschuss jetzt Pflege ist, aber auch da sind ja Maßnahmen drin, dass sich die Fachleu-

te mit den jeweiligen Maßnahmen beschäftigen, und dann können wir die für den Landshaushalt relevanten Maßnahmen gern auch hier noch mal diskutieren. Das wäre ein vernünftiges Verfahren. Warum der Senat daran offenbar kein Interesse hat, kann ich nicht nachvollziehen.

Meine Frage an die Fachverwaltung ist, ob sie über die Maßnahmen hinaus noch andere Ideen haben. Ich habe mal geschaut, selbst mit „Suchen“ im Dokument taucht das Wort Prävention nicht einmal auf, zumindest in meinem Bericht. Es gibt ein paar Maßnahmen, die man in diese Richtung einsortieren könnte, aber da fehlt in meinen Augen vieles, was wir unter Prävention auch in den vergangenen Debatten schon diskutiert haben, das taucht jetzt gar nicht auf. Herr Hoyer hat ja darauf hingewiesen, was in den Bezirken zum Teil auch eher nicht gefördert und ausgebaut, sondern eher reduziert wird, man denke an Schulstationen und andere Dinge, die auch in benachteiligten Kiezen kaputt gemacht werden.

Vielleicht auch eine der inhaltlichen Fragen, die nicht im Bericht vorkommen, deswegen kann ich öffentlich darüber reden, wie sich der Senat eigentlich vorstellt, die Schulen so fit zu machen, dass am Ende ein Teil der Maßnahmen nicht mehr nötig werden. Wir erleben ja immer wieder, dass durch die hohen Anforderungen an Schulen Menschen in Einzelfallhilfen und andere Maßnahmen getrieben werden, und weil Schule nicht funktioniert, wir mehr Ausgaben in dem Bereich haben. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Aber insgesamt, glaube ich, müssen wir zu einem Punkt kommen, dass wir vernünftig darüber reden können, und das wäre: Veröffentlichung der Vorschläge, Ergänzung der Vorschläge aus den Fachbereichen, weil da ganz viel fehlt, und dann kann man auch darüber reden. Zu den Zahlen, die in der Zeitung standen, zumindest die halte ich für ziemlich aus der Luft gegriffen. Da hat jemand wahrscheinlich gewürfelt. Das finde ich sehr erstaunlich, die großen Zahlen kommen durch Hoffnung, die kleinen Zahlen sind durchaus begründbar. Aber die großen Zahlen sind irgendwie gewürfelt und Hoffnung, und damit kann man an dieser Stelle doch nicht arbeiten. Sorry, insofern, lieber Senat, gern eine Auskunft, wie wir zu einer vernünftigen Debatte kommen und wie wir auch die Vertraulichkeit rausnehmen können, oder wenn Ihnen irgendeine Zahl davon wichtig ist, kann man die ja schwärzen, aber dann kann man mit dem Bericht wenigstens arbeiten, so leider nicht.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychey von der Fraktion Die Linke. – Bitte schön!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Ich frage SenFin: Dieser Prozess der AG, was die Zielsetzung anbelangt – Sie haben ja gesagt, dass es keine Einschränkung von Leistungen geben soll, sondern es geht eher um Effizienz und dass diese erhöht wird und dass auch ein Umsteuern möglich ist – Frau Schmidt hat das ja auch schon ausgeführt, dass für ein Umsteuern ja auch die Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Ich möchte ein Beispiel nennen, was wir hier ja auch schon diskutiert haben: Die ASOG-Unterkünfte in den Bezirken, wo klar ist, dass damit hohe Kosten verbunden sind und dass es eigentlich Sinn machen würde, da umzusteuern, da auch zu einer gesamtstädtischen Unterbringung zu kommen, wo auch Standards eingehalten und die Kosten gesenkt werden könnten, da ist die Frage, inwieweit auch die Mittel für dieses Umsteuern schon im Haushalt etatisiert sind, weil es ja auch darum gehen muss, jetzt schon im kommenden Doppelhaushalt dieses Umsteuern umzusetzen. Ist das bei den Maßnahmen, die jetzt hier vorgeschlagen wurden, schon erfolgt? Sind diese Kos-

ten, egal ob Personal oder Räumlichkeiten oder was auch immer damit verbunden ist, auch entsprechend etatisiert?

Zur Einbeziehung der Träger: Es macht, glaube ich, auch Sinn, mit den Trägern gemeinsam zu diskutieren, wie es möglich ist, und es gibt ja auch einen Unterschied bezüglich der Maßnahmen, die von den Fachverwaltungen ohnehin schon vorgeschlagen worden sind, also Dinge, die sowieso auf dem Weg sind, die teilweise auch schon verzögert sind und umgesetzt werden können, und andere Maßnahmen, wo mein Eindruck ist, dass auch SenFin hier Vorschläge unterbreitet hat. Wie hat die Abstimmung zwischen den Fachverwaltungen und Finanzen stattgefunden, um da zu einem guten Weg zu kommen und auch eine fachliche Einschätzung zu haben, was man machen kann?

Ich kann aus dem Bildungsausschuss berichten, dass wir über manches ja auch schon gesprochen haben. Wir hatten gerade eine Anhörung zum Kita-FöG, wo beispielsweise das Thema Partizipationszuschlag diskutiert worden ist, dass es hier eine Umsteuerung geben soll, also von vorher ndH zu BuT. Also diese Umsteuerung soll geschehen, das finden wir fachlich gut. Sollen damit auch Einsparungen erzielt werden oder bleibt da im Zuge der Umsteuerung auch etwas übrig, und was passiert mit diesen Ressourcen? Das ist, glaube ich, auf jeden Fall ein Thema.

Auch im Bildungsbereich, die HzE-Mittel, da gibt es ja das Flexibudget als Beispiel, Frau Schmidt führt das ja auch aus, dass man vorher quasi präventive Maßnahmen stärkt, um teurere Hilfen zu vermeiden. Gibt es dieses System beispielsweise in der Sozialverwaltung, in der Gesundheitsverwaltung, also wenn es jetzt zum Beispiel um Hilfen zur Pflege geht, gibt es da auch diese Prävention, in welcher Art und Weise, und kann die gestärkt werden? Ist das eine Gesamtstrategie, mehr in die freiwilligen Leistungen, mehr in die Prävention zu investieren, um teurere Hilfen zu vermeiden?

Zum Bereich HzE: Wir hatten hier eine Anhörung der zwölf Bezirke, und alle zwölf Bezirksbürgermeister und -bürgermeisterinnen haben gesagt, dass die aktuelle Basiskorrektur, die aktuelle Situation, mit HzE extrem herausfordernd für die Bezirke ist. Gibt es da Verhandlungen, um eine bessere Basiskorrektur zu erreichen, um die Bezirke zu entlasten, auch gerade für die Hilfen für junge Volljährige? Das ist ja ein Beispiel, wo höhere Fallzahlen sind, aber keine Basiskorrektur erfolgt.

Zum Bereich Hort kann ich nur sagen: Letzte Woche haben wir im Bildungsausschuss auch schon das Thema Ganztags- und Früh- und Spätmodul angesprochen. Da hat die Senatorin bereits eine Antwort gegeben, wie sie das einschätzt. Wir haben gefragt, ob man vielleicht das Spätmodul auch noch mal teilen könnte, weil es viele Eltern gibt, die zum Beispiel zwischen 16 und 17 Uhr diese Betreuung benötigen, aber zwischen 17 und 18 Uhr dieses Modul nicht benötigen würden, wo man einfach darüber noch mal Effizienzen heben könnte. Können auch solche Maßnahmen vielleicht zielgenauer, treffsicherer umgestaltet werden? Das wäre auf jeden Fall ein wichtiger Punkt. – Soweit, und dann melde ich mich vielleicht noch mal.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wohler für die Fraktion der CDU. – Bitte schön!

Björn Wohler (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst einmal sehen wir es als CDU-Fraktion als sehr positiv an, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen, Sozialausgaben effizienter zu steuern, und ich glaube auch, die Vielzahl und die Komplexität dieser 34 Schwerpunktmaßnahmen zeigt, dass auch ein gewisser Nachholbedarf besteht, und so oft wie wir auch in den Haushaltsberatungen über Schwerpunktsetzungen sprechen, über die Frage von Ausgaben, wie viel Luft ist eigentlich im Haushalt? Für die Dinge, die wir gemeinsam stemmen wollen, ist das, glaube ich, gut, dass wir das machen.

Jetzt kann ich schwer etwas dazu beitragen, auch rückwärtsgerichtet, wer hat wen, wann, wie beteiligt, kommuniziert et cetera. Insofern interessiert mich natürlich mit dem Blick nach vorne, weil in dem Bericht auch steht, dass daraus jetzt Folgeprozesse erwachsen sollen, was das konkret mit Blick auf 2026 und 2027 – was ja auch in Aussicht gestellt worden ist, dort erste Maßnahmen ergreifen zu können, nicht nur für die Einbindung –, bedeutet und wie jetzt quasi die Implementierung und auch Konkretisierung dieser Maßnahmen erfolgen kann, vielleicht mal ein bisschen mit dem Blick nach vorne und nicht nur rückwärts betrachtet.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Kollege Freier-Winterwerb für die SPD-Fraktion, bitte!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Ich würde gern noch mal einen Aspekt hier in den Fokus rücken wollen, die Hilfen zur Erziehung, Das ist ja eine Geschichte, die uns miteinander sehr umtreibt, insbesondere natürlich die Frage, wie man da gut steuern kann, ohne an die Frage der individuellen Rechtsansprüche heranzugehen. Gerade auf der Fachebene sind wir uns einig, dass eine Steuerung insofern funktionieren kann, wenn wir Maßnahmen ergreifen, die dazu führen, dass wir vor die Welle kommen, das heißt, bevor das Kind ins Wasser gefallen ist, zu schauen, wie man Familien unterstützen kann, und wir machen das ja im Rahmen des Flexibudgets.

Meine Erfahrung bisher war immer, dass wir schon Prävention machen wollten, aber eher in einem Beitrag, der zwar schon wichtig und bedeutend ist, aber nicht so, dass man ordentlich dagegen ansteuern konnte. Hier im Parlament gibt es die große Diskussion darüber, ob wir versuchen, 34er-Hilfen, stationäre Hilfen in den Bezirken zu verhindern und den Bezirken dafür lieber noch mehr Geld in die Hand zu geben, um über das Flexibudget letztendlich auch anzustreben, da gute Maßnahmen zu ergreifen, um Hilfen zur Erziehung in der Schwere, zu dem Zeitpunkt des Einsetzens der Hilfen oder insgesamt zu verhindern. Dazu möchte ich gern eine Einschätzung vom zuständigen Senat hören, aber auch von Herrn Hoyer, wie Sie diese Idee einschätzen, was das Flexibudget angeht, da noch mal richtig reinzugehen und das dann an die Bezirke runterzugeben, gern natürlich auch von SenFin.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Wir sind noch in der Fraktionsrunde. Ich schaue mal, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Kollegin Brychcy hat noch eine Ergänzung. – Bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Mir ist noch etwas eingefallen. Vielen Dank! – Wenn zentralisiert werden soll, Stichwort Eingliederungshilfe, wie ist der Prozess der Umstellung gestaltet, sodass dann zum Beispiel auch Abrechnungen zentral erfolgen können, dass es hier keine Leistungseinschränkungen gibt, dass das Personal auch gesichert ist? Vorher war es bei den Bezirken ja so, dass es auch eine örtliche Nähe gab und auch eine gewisse Flexibilität. Wie

wird dieser Umstellungsprozess auch so gestaltet, ist das allein bei der Eingliederungshilfe angedacht oder auch beispielsweise bei den Pflegen zur Hilfe? – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Ich habe jetzt keine Wortmeldungen aus der AfD-Fraktion, ich schaue noch mal – nicht gewünscht. – Dann kommen wir zur Antwortrunde. Es sind ja Fragen an den Senat gestellt worden. Beginnen wir damit. – Bitte schön, Herr Staatssekretär Schyrocki!

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Erwartungshaltung an den Senat, die hier zum Ausdruck kommt, kann ich absolut nur bestätigen, und ich glaube, wir haben die auch voll erfüllt. Jetzt müssen wir nur mal so ein bisschen auseinanderhalten, dass wir in dem Prozess auch sauber sind. Der Senat hat mit den Fachverwaltungen – und ich glaube, es ist auch im Vortrag von Herrn Hoyer zum Ausdruck gekommen, dass Sie kontaktiert wurden, dass Sie eingebunden wurden – – Aber wir müssen immer schauen, in welchem Maße und mit welcher Rolle ist denn hier wer unterwegs. Das Parlament und die Abgeordneten, Herr Ziller, und wir kennen das ja auch aus anderen Sachzusammenhängen, sofern wir ein Thema aufmachen und sagen, der Senat beschäftigt sich aus dringendem Anlass, was in der Vergangenheit nicht passiert ist, mit einem Thema, sind Sie immer schon wieder zwei Gedankengänge voraus und sagen: Das hätte der Senat doch auch längst machen müssen. Ich glaube, wir sind hier aber in einem Prozess, wo wir erst mal schauen müssen, dass wir als Verantwortliche für den Landeshaushalt – und wir gehen hier mit Steuergeldern um – erst einmal in einem abgegrenzten Teilnehmerkreis schauen müssen, was wir denn für Steuerungsmöglichkeiten haben, und dass wir in diesem Prozess den dann auch hinterlegen wollen, natürlich immer – und das ist unser Interesse in der Senatsverwaltung für Finanzen – mit entsprechenden Zahlen. Dass wir gleichzeitig aber in der Stadt auch andere Prozesse laufen haben, wie beispielsweise Tarifverhandlungen, die mit einem großen Interesse diese ganzen Interna gern schon mit aufnehmen und verarbeiten würden, müssen wir bei unserer Arbeit berücksichtigen. Wenn wir in dieser Kürze der Zeit, die wir zur Verfügung gehabt haben, hier Ergebnisse vorlegen und die Ergebnisse natürlich nur erst mal sind, dass wir priorisiert haben, womit beschäftigen wir uns jetzt in der nächsten Zeit und wo gehen wir ganz konkret rein, und wenn wir dann konkret reingehen, dann ist ja – und das werden Sie auch schon wissen – natürlich vorgesehen, dass wir auch mit den Beteiligten außerhalb der Verwaltung darüber sprechen und diese Maßnahmen diskutieren. Dann ist das aber doch der natürliche Prozess.

Ich kann es durchaus verstehen, ich kenne es ja aus anderen Zusammenhängen, auch vom Kollegen Zillich, der gern immer schon am Anfang der Entwicklungsphase von Gedanken des Senats, die dieser Senats sich zum ersten Mal, obwohl es schon vor Jahren hätte stattfinden müssen, macht, gerne mit dabei ist. Aber ich glaube, wir müssen so ein bisschen unsere Rollen auch mal auseinanderhalten, damit wir jeweils mit unser Zuständig und Verantwortung auch bewusst umgehen. Diese Verantwortung hat der Senat hier wahrgenommen und hat sich eben ganz konkret – – Das sind eben nicht nur Maßnahmen, die durch die Senatsverwaltung für Finanzen vorgeschlagen wurden, sondern die wiederum aus anderen Prozessen eingespeist wurden, wir haben über die Bezirksfinanzierung gesprochen, daraus sind Ergebnisse gekommen, wir haben über die Transferkostensteuerung gesprochen, daraus sind Ergebnisse gekommen, die Fachverwaltungen haben Ideen eingebracht, wir haben natürlich auch Ideen eingebracht, weil wir in der Tat auch mit dem Projekt SoFinData, und dieses Projekt, Herr Hoyer, gibt es ja schon, Sie haben es angesprochen, dass wir eine Transparenz in die Darstellung

unserer Sozialausgaben und dergleichen reinkriegen, dass wir das natürlich – und daran arbeiten wir – zu einem bestimmten Teil auch der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen wollen, das ist völlig klar, gerade auch in der heutigen Zeit sehr notwendig. Aber an diesem gesamten Steuerungsprozess arbeiten wir.

Ich bitte nur einfach mal darum, dass wir zur Kenntnis nehmen, was der Senat hier vorgelegt hat, dass das die Grundlage für eine zügige, weitergehende Diskussion mit den entsprechenden Beteiligten ist, aber dass wir auch ein klares Rollenbild von unseren einzelnen Aufgaben haben.

Jetzt liegt Ihnen dieser Bericht vor und den können Sie bewerten, und deswegen müssen wir in der Diskussion aufgrund der Ausführungen, die ich gemacht habe, auch ein bisschen vorsichtig sein, dass wir nicht in die einzelnen Zahlen hineingehen, weil ich das doch gern so ein bisschen in diesem zunächst geschützten Bereich halten. Wenn wir dann in die weitere Maßnahmenplanung gehen, können wir gern auch in den Fachausschüssen über die einzelnen Maßnahmen diskutieren. Insofern würde ich gern diesen Prozess, dass Sie den auch so zur Kenntnis nehmen, wie er auch aufgestellt worden ist, dass wir einfach mal trotz einer großen Erwartungshaltung zumindest zur Kenntnis nehmen, dass wir hier zum ersten Mal in dieser Gänze uns dieses Riesenthemenpakets als Senat angenommen haben.

Ansonsten gibt es einzelne Fachfragen, zum Beispiel zum Flexibudget, die jeweils meine Kollegen auf der anderen Seite beantworten würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann darf ich zunächst Frau Staatssekretärin Haußdörfer für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege begrüßen! – Ich schaue mal zu den beiden Herren Staatssekretären, ob Ergänzungsbedarf besteht oder auch bei Frau Haußdörfer. – Bitte schön, dann haben Sie das Wort!

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP): Genau, dann quartiere ich mich jetzt hier ein. – Ich habe von hinten zugehört und habe, weil Herr Ziller ja auch explizit das Thema Pflege angesprochen hat, das auch mitgenommen, und ich glaube, in dem Prozess für die effektive Sozialausgabensteuerung haben wir übrigens hier für den Teilbereich Hilfe zur Pflege regelmäßig berichtet. Das ist ja keine Leistung, die wir dem Grunde und auch nicht der Höhe nach irgendwie steuern, denn wenn es diesen Anspruch gibt, dann muss er umgesetzt werden. Aber wir stellen natürlich fest – und das haben wir auch schon in mehreren Anhörungen und auch Auswertungen der Anhörungen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales mit der Kollegin Gebel unter anderem diskutiert und auch mit den Bezirksvertreterinnen –, dass wir natürlich hier auch ein Politikfeld zu steuern haben, wo wir mit großen Herausforderungen konfrontiert sind. Wir erleben eben auch, dass uns gerade in dem Bereich Hilfe zur Pflege die bundesrechtliche Dimension vor enorme Diskussionen stellt und gerade der Bereich Prävention, den sowohl Frau Brychcy als auch Herr Ziller als Wort vermisst haben, führen natürlich dazu, dass wir diese Diskussion schon länger führen. Dementsprechend haben wir uns auch als Land Berlin dazu verhalten, dass beispielsweise die Diskussion um den Pflegegrad 1 eine ganz irritierende war, weil natürlich der Pflegegrad 1 für uns eines der ersten Präventionsmaßnahmen ist, um teurere stationäre Unterbringung beispielsweise auch vermeiden zu können. Dementsprechend sehen wir auch den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Pflegeversicherung, die sollen ja bis Mitte Dezember vorliegen, der Eckpunktprozess vonseiten des Bundesgesundheitsministeriums – – Dementsprechend ist es für uns

sehr immanent und übrigens auch in unserem Einzelplan verortet, an welchen Stellen wir Prävention darstellen können. Wir stellen nämlich fest, in dem Moment, wo man sich den Prozess der Gewährung der Leistungserbringung Hilfe zur Pflege ansieht – und ich weiß, der Kollege Matz hatte das hier auch gefragt, auch in der erste Lesung des Einzelplans 09, nämlich ab wann ist ein Antrag ein Antrag und wie wird dieser gezählt und gewertet –, dass wir die Notwendigkeit haben, unsere Pflegestützpunkte so weiterzuentwickeln, dass sie auch zielgerecht beraten können, damit die Anträge quasi komplett und fertig vorliegen, um dann auch entsprechend gut, schnell und effizient bearbeitet zu werden.

Das heißt, die Frage der Prozessgestaltung und auch der Aufgabenbeschreibung war hier ein immanent wichtiger Teil der Arbeitsgruppen, damit sich dieser Bereich auch im Bereich Zahlen, Prozesse, aber auch der Politikfeldbeschreibung niederschlagen kann.

Im Übrigen, auch im präventiven Bereich haben wir ja die Diskussion über das Altenhilfestrukturgesetz, hier haben wir übrigens auch eine finanzielle Vorsorge im Haushalt getroffen, im Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –, übrigens auch mit weiteren Berichten versehen. Wir sind ja am Freitag, als wir unsere zweite Lesung hatten, mit dem Bericht Nummer 6 in diesen Tagesordnungspunkt hier heute gekommen, und deshalb ist es wichtig, dass wir auch erkennen, wie wichtig die Prävention, aber auch die Wahrnehmung dieser Stellen sind, und zwar auch in den Bezirken, die von diesen rein freiwilligen Leistungen auch zu einer Verbindlichkeit kommen. Dementsprechend haben wir uns gemäß der Richtlinien der Regierungspolitik auf den Weg gemacht, das Altenhilfestrukturgesetz zu formulieren.

Mit dem Landespflegeplan, den wir diesen Sommer vorgelegt haben, ist auch deutlich, dass wir auch einen Weg für ein Landespflegegesetz schaffen müssen, um die Verbindlichkeiten so aufzustellen, dass zielgerecht beraten wird, die präventiven Maßnahmen eine Grundlage haben und sie vor allem auch evidenzbasiert ausgerollt werden können. Deshalb geht es darum, den ganzheitlichen Beratungsansatz so darzustellen, dass der Prozess gut durchgeführt werden kann.

Ich möchte noch einen Punkt machen, ich bin ja auch verantwortlich für einen kleinen Bereich im Rahmen der Eingliederungshilfe, nämlich für die Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, und auch hier gibt es ja Diskussionen, dass man weiter in den Diskussionsansatz geht. Wir haben hier auch im Ausschuss, im Übrigen auch mit den Bezirken, die Diskussion zu den PEP-Mitteln gehabt. Das sind ja diese niedrigschwelligen Angebote, die im psychosozialen Bereich dazu führen können, wenn wir nämlich die Menschen frühzeitig abholen und auch entsprechend im Sozialraum verorten und betreuen können, dass dann schwerwiegendere, teurere Maßnahmen vermieden werden können. Dementsprechend ist uns dieser Bereich Prävention, gerade, wenn wir uns die Kostenentwicklungen in den deutlich teureren stationären Settings anschauen, besonders wichtig. Wir wissen aber auch, dass das nicht allein daran liegt, ob unsere Programme gut ausgerollt sind, weil gerade in diesen Bereichen das Thema Wohnraum und wie die Anbindung an den stationären Bereich beispielsweise in der Nachsorge angelegt ist, uns vor besondere Herausforderungen stellt, weil wir dann auch wissen, dass wir vielleicht auch Menschen und Patientinnen und Patienten zu lange in stationären Settings haben, weil einfach das abfließende System nicht gut aufgestellt ist, beziehungsweise aufgrund von anderen Rahmenbedingungen diesen therapeutischen Zweck nicht erfüllen

kann. Das wäre sozusagen ein kleiner Rundumschlag für die Prozesse und auch die Prozessbeschreibung, wie wir sie in dieser AG durchgeführt haben.

Wir gehen davon aus, dass wir mit der Arbeitsgruppe dann auch zu den entsprechenden weiteren Ergebnissen kommen. Wir sind im Austausch mit den Trägern, aber an den Stellen, an denen wir die entsprechende Weiterentwicklung gewährleisten können – nicht alles, was in diesem Bereich Hilfe zur Pflege quasi dargestellt wird, hat etwas damit zu tun, wie auch die Ressourcenverteilung und wie die Personalstellenberechnung beispielsweise in den Sozialämtern ausgerollt wird –, da gehen wir davon aus, dass wir zum Ende des Jahres in den Empfehlungscharakter entsprechend gehen können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ergänzungsbedarf gibt es bei den anderen beiden Senatsverwaltungen. – Staatssekretär Liecke. – Bitte schön!

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte eingangs noch mal ein, zwei Hinweise zur Fallzahlentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung geben, das, was Herr Hoyer erwähnt hatte. Wenn wir uns die Jahre 2013 bis 2024 anschauen, elf Jahre, haben wir eine Fallzahlentwicklung in den Bereichen Hilfen zur Erziehung von plus 3 500. Wir gehen von einem Gesamtvolumen von 24 888 aus, das sind 14 Prozent. Über diesen Zeitraum ist es meines Erachtens relativ gering in der Entwicklung, das ist nicht viel. Wenn Sie 2020 bis 2024 betrachten, sind das 2 500 Fälle, das sind etwa 10 Prozent, das ist auch nicht viel. Was hoch ist, ist die Kostenentwicklung, die Ausgabenentwicklung. Das hat auch seine Gründe. Das wurde ja hier auch mehrfach in diversen Ausschüssen immer wieder dargelegt. Das hat was mit pauschalen Fortschreibungen zu tun, mit Tarifanpassungen et cetera pp. Von daher sind wir da gar nicht, was die Fallzahlentwicklung angeht, so schlecht, und das ist nicht das Problem.

Wir haben eher ein anderes Problem. Das wissen wir aber schon lange. Als ich noch Jugendstadtrat war, wusste ich das auch schon. Es geht im Wesentlichen um die Steuerungsmechanismen, die wir haben. Dazu haben wir eine Lenkungsgruppe Fach- und Finanzcontrolling Hilfen zur Erziehung eingerichtet. Das ist sozusagen die Steuerungsbasis, und ich lasse mich immer wieder gern dazu hinreißen, dass ich sage, die Hilfen zur Erziehung sind der bestgesteuerte Bereich, den wir in Berlin haben. – Wenn Herr Hoyer nickt, beruhigt mich das.

Es ist trotzdem so, dass wir in der Perspektive bei 1 Milliarde Euro sind, momentan noch bei 900 Millionen Euro. Als ich angefangen habe, waren wir bei 300 Millionen Euro, das ist schon ein bisschen her. Also wir sehen, das hat eine Konsequenz, und wenn wir uns die – das ist im Bericht ja auch dargelegt – Oder ich sage es mal anders: Es kann nicht so weitergehen wie bisher! Wir müssen uns da etwas Kluges einfallen lassen, und das hat viele Komponenten. Diese Komponenten liegen natürlich erst mal auf der Steuerungsebene der Jugendämter, aber auch auf der Hauptverwaltungsebene, dass wir nämlich auf der einen Seite diesen ganzen Rahmen zusammenfassen, auf der anderen Seite, dass wir im Bereich des SGB VIII natürlich Vorgaben haben, und ja, es gibt individuell einklagbare Leistungen, das ist auch völlig richtig. Die Frage ist: Wie entwickelt sich dieses Recht auf Bundesebene weiter? – Es gibt einen entsprechenden Referentenentwurf zum SGB VIII, der derzeit im Bundesfamilienministerium abgestimmt wird. Im Rahmen der sogenannten Strukturreform geht es auch darum – ist nicht mehr das inklusive SGB VIII, sondern heißt jetzt neu Strukturreform –, Poolingmöglichkeiten anzulegen.

Das heißt, dass Leistungen über die unterschiedlichen Sozialgesetzbücher miteinander verzahnt werden können, aus dem Bereich SGB V, aber auch aus der Eingliederungshilfe und aus anderen Gesetzbüchern. Das ist zwingend, das brauchen wir, um nämlich hinzubekommen, dass wir die Leistungen so zielgenau steuern können und auch an die bedürftige oder anspruchsberechtigte Person geben können, damit das einen höchstmöglichen Effekt hat. Das haben wir bisher nämlich – also das gesamte SGB-System –, noch nicht verinnerlicht, und das ist, glaube ich, einer der entscheidenden Punkte, um mal so grundsätzlich strategisch da ranzugehen. Das ist auf Bundesebene angelegt neben verschiedenen anderen Punkten und wird dann auch – sofern der Gesetzgeber das dann auch so umsetzt – so kommen. Das ist auch eine gute Perspektive für uns.

Was mir immer wichtig ist, dass wir unsere Maßnahmen, die wir in dem Projekt oder in dem Programm auch angelegt haben, möglichst realistisch umsetzen und keine Luftschlösser produzieren. Wir haben da natürlich – und das haben wir regelmäßig auch in Fachrunden mit der LIGA – den Austausch und den Abgleich mit dem, was auch praktikabel ist. Für meinen Teil ziehe ich mir den Schuh jetzt nicht an, dass wir sagen, das ist alles unabgestimmt und aus der Luft gegriffen und da ist jemand überrascht worden. Ich glaube, dass wir stets und ständig in einem guten Austausch sind, um solche Fachmaßnahmen miteinander zu besprechen und auch abzustimmen.

Das Thema Prävention: Der Bereich Flexibudget ist eines der zentralen präventiven Maßnahmen in Euro hinterlegt, die wir zur Verfügung stellen. Um die Frage von Herrn Freier-Winterwerb gleich aufzugreifen, da kann ich mir auch noch etwas vorstellen, gerade mit dem Blick Umwandlung von 34er-Leistungen um andere Bereiche. Also die Prävention so zu stärken, dass wir gar nicht erst stationäre Unterbringung finanzieren müssen. Das ist eines der großen Ziele, die wir auch mit dem Flexibudget verbinden. Deshalb wunderte ich mich etwas, Herr Ziller, dass Sie bemängelt haben, dass das Thema Prävention nicht auftaucht. In diesem Papier taucht es nicht auf, aber im Hauptausschuss, in den unzähligen Hauptausschussberichten, die wir in den letzten Tagen und Wochen produziert haben, auch in den Fachausschussberichten und auch für den HZE-Flexibudgetbericht, den wir gerade frisch ans Parlament weitergegeben haben, strotzt es nahezu nur so mit der Begrifflichkeit Prävention, was auch gut und richtig ist, denn das ist ja der Punkt. Wir möchten verhindern, dass Kinder, dass Jugendliche, dass Eltern in die Lage kommen, Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen zu müssen. Wenn das aber nicht anders geht, dann muss das natürlich gewährleistet werden, das ist ja nicht die Frage. Aber wir kommen immer mehr genau an diesen Punkt, und ich könnte mir tatsächlich auch vorstellen – ich glaube, da wiederhole ich mich –, dass im Bereich des Flexibudgets, wo wir jetzt bei 7, 8 Millionen Euro für letzten und dieses Jahr liegen, noch etwas geht, denn es hat sich bewährt. Es ist ja nicht so, dass wir das einfach umsetzen und dann darauf hoffen, dass es funktioniert, sondern wir haben mit Marzahn-Hellersdorf, die an der Spitze der bezirklichen Ausgaben in diesem Bereich stehen, einen großen Schwerpunkt gesetzt und haben dort ein Instrument mit dem Familienrat finanziert mit gut 1 Million Euro, was funktioniert. Das lassen wir evaluieren, und das werden wir mit allen anderen Punkten ebenso machen.

Zum Bereich Schule, und das ist jetzt das Entscheidende, was auch strategisch für mich immer wichtig ist: Wir können nicht versäult denken. Wir können uns nicht nur einen Bereich Jugend anschauen. Wir müssen die Nachbarbereiche von Schule und Gesundheit gleichermaßen mit in den Blick nehmen, denn, wie man so weiß, alles hängt irgendwie mit allem zusammen, und diese Präventionsstrategien, die wir ja auch im Rahmen der Landeskommision

Kinder und Familienarmut mit den Bezirken, gemeinsam mit der Gesundheitsverwaltung angehen, haben genau das zum Ziel. Deswegen haben wir den Bezirken ja auch entsprechende Ressourcen zusätzlich zur Verfügung gestellt, um solche Präventionsketten aufzubauen, um die Verzahnung besser hinzubekommen, damit Eltern, Familien nicht in die Lage kommen, Hilfen zur Erziehung zu beantragen oder in Anspruch nehmen zu müssen.

Der Abstimmungsprozess zwischen unserem Haus und SenFin war äußerst konstruktiv und fruchtbar, was das angeht. Deshalb sind die Maßnahmen, die wir hier in dem Projektbericht benannt haben, aus meiner Sicht auch alle realistisch umsetzbar, in Teilen müssen wir noch gesetzliche Änderungen anpassen. Das KitaFöG ist schon mal erwähnt worden. Da sind wir jetzt gerade auf der Zielgeraden, also Sie im Parlament auf der Zielgerade, dass dann auch entsprechend umzusetzen und zu beschließen, in welcher Fassung auch immer, aber ich bin guter Dinge. Deshalb ist es so angelegt, dass wir hier eine gute Basis, eine gute Grundlage haben, entsprechend auch eine bessere, wirksamere Steuerung hinzubekommen.

Zum Thema Basiskorrektur HZE will ich mich jetzt nicht einlassen.

Zum Thema Partizipationszuschlag im Kontext KitaFöG will ich auch noch mal klarmachen: Es geht dem Senat in keinem Fall um Einsparungen. Das, was immer behauptet wird, fälschlicherweise, ist schlichtweg nicht richtig. Es ist weder unser politisches Ziel, noch ist es tatsächlich so. Auch hier sind wir noch mitten im Diskussionsprozess. Aber unser Ziel ist es, die Kinder, die einen Bedarf haben, und damit die Träger so auszustatten, dass dieser Bedarf im Sprachförderbereich entsprechend auch erfüllt und unterstützt werden kann. Das ist unser originäres Ziel. Dafür möchte ich noch mal sehr klar werben. Ich kann nicht nachvollziehen, warum uns immer Böses unterstellt wird, dass wir hier alles kaputt sparen und den Sargnagel überall draufdreschen. Nein, es geht uns darum, dass wir eine hohe Wirksamkeit mit unseren Maßnahmen erzielen in dem Finanzrahmen, der uns zur Verfügung steht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Staatssekretär Bozkurt, bitte schön!

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Erst mal ist es wichtig, den Projektfokus geradezurücken, weil ich glaube, der ist ein bisschen verrutscht. An der Stelle geht es wirklich nicht darum, irgendwelche Leistungen zu kürzen. Deswegen wurde das auch bewusst erwähnt. Ich kann einer Person, die Hilfe im Bereich Eingliederungshilfe benötigt, nicht sagen: Du kriegst jetzt nur noch 80 Prozent und der Rest, da schauen wir mal, wie es geht. – Das war nicht der Fokus. Der Fokus ist an der Stelle, um es noch mal klar zu sagen, Steigerungen, die wir in den letzten Jahren hatten oder Steigerungen, die in Zukunft kommen können, abzumildern. Das war erst mal der Fokus.

Auch noch ein Hinweis zu dem Zahlenteil, den Sie da sehen: Auch an der Stelle ist deutlich im Bericht aufgeführt, dass das erst mal Schätzungen sind, die wir auch in dieser kurzen Zeit gemacht haben, die müssen dann im Rahmen des Projekts konkretisiert werden, weil die Arbeit dann im Detail danach losgeht. Das heißt, alles, was Sie da sehen, sind erst mal grobe Schätzungen, weil wir da auch natürlich ein Auge draufhaben, weil es unterschiedliche Perspektiven auf die einzelnen Themen gibt.

An der Stelle noch mal zum Projekt: Da war nie das Thema Bezirksfinanzen zu klären. Da gibt es einen separaten Prozess im Rahmen der Verwaltungsreform et cetera. Nur dann könnte

ich Ihren Einwurf zur Prävention verstehen. Ich würde auch gern darüber diskutieren, aber, wie gesagt, das war nicht hier. Ich würde gern in die 67er-Hilfen mehr Geld reinstecken, damit ich die Menschen nachher nicht nach ASOG unterbringen muss. Aber dann diskutiere ich darüber, das sind Bezirksfinanzen, an der Stelle dann die Planmengenverfahren zu den 67er-Hilfen nur auf diesen Teil, der auch Prävention betrifft, bezogen oder kann ich den über die ganze Bandbreite von Prävention bis Nachsorge betrachten. Aber das war nicht Fokus. Deswegen ist das auch nicht so häufig. Das hat Herr Liecke auch deutlich gemacht, im Rahmen all der Berichte, die wir jetzt in den letzten Wochen geschrieben haben, ging es ganz groß um Prävention. Aber auch hierzu würden Sie hier in den Projekten etwas finden. Um ein Beispiel zu nehmen: Wenn ich darüber rede, dass wir im Bereich der Sozialämter gerade unterwegs sind, Zielvereinbarungen zu gestalten, da geht es auch darum, wie ich Sozialämter entlasten kann, damit sie sich auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Wenn ich mir zum Beispiel die Digitalisierung in den Sozialen Wohnhilfen anschau, das heißt, das ist auch Prävention. Die kümmern sich dann nicht mehr darum, irgendwelche Listen aufzurufen, hinterherzutelefonieren, wo kann ich wen unterbringen, sondern die kümmern sich dann um Beratung, und das ist Prävention. Wie gesagt, der Fokus war, wie wir tatsächlich Kosten steuern können.

Konkret ging es auch noch mal um das Thema Umsteuern GStU, schon etatisiert. Dazu gab es auch einen Bericht. Was im Prinzip etatisiert ist, was man im Haushalt auch gut sieht, wo wir beispielsweise Digitalisierungsmittel haben, die sind alle bei uns drin.

Das Thema, worauf Sie vielleicht eher schauen, was die Kosteneinsparungen sind. Die sind noch nicht etatisiert, weil das ein mehrjähriger Prozess ist. Das ist ja im Bereich der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung so, dass wir im Prinzip Stück für Stück ASOG-Unterkünfte vertraglich fixieren, qualitätsgesichert dann haben et cetera, eventuell dann auch Kosten gesenkt bekommen, aber das ist nichts, wo wir am 1. Januar auf den Knopf drücken, wenn hoffentlich das Gesetz dann auch in Kraft tritt, und dann haben wir auch gleich die Effekte, dementsprechend ist der Punkt noch nicht an der Stelle etatisiert.

Zentralisierung der Eingliederungshilfe war auch das Thema. An der Stelle ist das ein Projekt, ist jetzt nicht ganz so gestartet mit diesem ganzen Thema, sondern auch vorher, weil wir uns permanent Gedanken machen, wie wir Sachen optimieren können. Da sind wir an dem Status, dass wir mit der Hilfe der PD im Prinzip Richtung Ende des Jahres, Anfang nächsten Jahren dann verschiedene Modelle haben. Da geht es nicht plump um Zentralisierung, weil das nicht die Lösung ist. Das ist auch nicht plump: Schau nach Wien –, weil das ein Punkt war, den wir uns intensiver angeschaut haben, und kopiere es einfach nach Berlin, so etwas funktioniert nicht. Das heißt, welche Stellen können wir zentralisieren, und nicht unbedingt alles, um Synergieeffekte zu schaffen. Dadran sind wir gerade. Das heißt, ich kann Ihnen jetzt, wo wir uns noch nicht für ein Modell entschieden haben, noch nicht sagen, wie jetzt die nächsten Schritte konkret sind. An der Stelle ist es eine Stärke, die wir uns alle vorgenommen haben. Ich könnte mir nur Themen anschauen, die mir keine Probleme bereiten, die ich auch in dieser Legislatur hinbekomme. Die Themen, die wir gerade als Haus hier eingebracht haben, gehen über Legislaturperioden. Dementsprechend ist es ein Vorteil, wer auch immer in einer Koalition sitzt, Koalitionsverträge dann abschließt, hier leisten wir tatsächlich die Vorarbeit, worauf man dann basieren kann und dann sagen kann: Das und das können wir machen. Das gilt in allen Bereichen, an dem Punkt also keine Endergebnisse, die Punkte müssen dann noch weiter diskutiert werden.

Vielleicht zum Austausch einen Punkt: Erst mal danke ich Herrn Hoyer für das Lob, das mein Haus bekommen hat zum Thema Zuwendungsprojekt, zur Kommunikation! – Das sind andere Voraussetzungen, was die zeitlichen Abläufe sind, aber wir sind als Senat, ich zumindest, aber auch die Kollegen, sehr selbstkritisch, von daher nehmen wir das natürlich sehr gern mit, wie wir da in der Kommunikation auch noch mal nachsteuern können.

Aber für eines will ich den Blick schärfen: Die unterschiedlichen Rollen sind sehr wichtig. Da habe ich beispielsweise auch das Thema mit der Eingliederungshilfe, die eventuell zu zentralisieren, was auch immer. Wenn ich mit einer Idee, die noch nicht ausgereift ist, in eine Diskussion gehe, weiß ich, dass ich zerfleischt werde. Das heißt, ich muss erst mal überlegen, was ich tatsächlich konkret will. Es ist auch eine Führungsaufgabe, die wir wahrnehmen, und in der Führung ist es nicht so, dass ich erst mal Feuer in das System hieingebe, und dann läuft das alles. Ich muss auch wohldosiert schauen, was kann ich zu welchem Schritt kommunizieren. Ich kann sagen, ich will alles zentralisieren, und dann ist hier Highlife. Mit den Bezirken habe ich Diskussionen, mit Ihnen, wahrscheinlich mit der LIGA, so funktioniert das aber nicht. Dementsprechend ist es auch eine bewusste strategische Entscheidung, welche Schritte kann ich wann kommunizieren. Wenn ich der LIGA sagen würde: Ich habe hier ein Projekt – wie gesagt, bei den Zahlen haben wir unterschiedliche Sichtweisen, da kann ich noch 500 Millionen Euro sparen –, da will ich mal sehen, dass in einer Diskussionsrunde so eine Auseinandersetzung noch funktioniert, noch einmal mit dem Hinweis zum Anfang dieser Ausführungen: An der Stelle müssen wir auch sehr selbstkritisch sein, das nehmen wir mit und schauen dann auch, wie man das anders mit mehr Zeit aufsetzen kann.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Herr Hoyer, an Sie wurden auch diverse Fragen gerichtet. Sie haben das Wort zur Beantwortung. – Bitte schön!

Martin Hoyer (Der Paritätische): Vielen Dank! – Ich bin jetzt ein bisschen am Überlegen, was ich auf die Ausführungen von Herrn Bozkurt, die gerade zum Schluss noch kamen, erwidere. Das wird mir im Rahmen meines Sprechens jetzt noch einfallen.

Ich wollte zunächst einmal darauf hinweisen, wer schon ein bisschen länger dabei ist, der weiß ja, dass die AG Sozialausgabensteuerung keine neue Erfindung dieser Koalition ist. Wir haben 2013 einen Prozess gehabt, wir haben 2016 bis 2018 einen Prozess gehabt, der hatte auch am Ende einen Senatsbeschluss. Ich habe ja vorhin schon die Frage gestellt: Was ist denn von dem, was da 2019 beschlossen worden ist, in welcher Form erfolgreich umgesetzt worden oder auch nicht erfolgreich? Welche Erkenntnisse hat man daraus abgeleitet? Ich habe im Prinzip ja kritisiert, dass der jetzige Prozess wenig Bezug darauf zu nehmen scheint.

Jetzt zu den unterschiedlichen Rollen: Die unterschiedlichen Rollen sind uns durchaus bewusst, damit gehen wir ja regelmäßig und andauernd um. So zu tun, als gäbe es diese Auseinandersetzung in dieser Stadt nicht, wenn ich im Rahmen des Haushaltsbeschlusses des Senats quasi jeden zweiten Tag in der Presse Aussagen höre, die Sozialausgaben sind zu teuer, dann ist das ja eine Diskussion, die in der Stadt ist, und dann muss man die ja gegebenenfalls führen, und die Frage ist, wie möchte man die führen. Das kann man dann auch durchaus mit unterschiedlichen Rollen tun und trotzdem in einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit gewinnbringend einsetzen.

Ich möchte gern noch mal auf Herrn Liecke eingehen. Tatsächlich, die Projekte, die von Jugend eingebracht worden sind, sind alles Projekte, die in irgendeiner Art und Weise mit uns bereits kommuniziert sind oder kommuniziert werden, und die in Arbeitsprozessen sind und zu denen wir uns auch äußern, wo wir nicht überall einer Meinung sind, aber wo wir in einem Prozess sind. Das kann ich nicht für alle diese Punkte sagen, weil ich es auch gar nicht so richtig weiß, weil ich zum Teil eben noch nicht so genau weiß, welche Maßnahmen sich dahinter verbergen.

Ich will noch zwei, drei Punkte ansprechen: Flexibudget. Ich halte das Flexibudget auch für ein Erfolgsmodell, und ich glaube wirklich, dass wir mit diesem Flexibudget, auch jetzt mit der Umsteuerung des Flexibudgets, aufpassen müssen, dass wir nicht die Flexibilität rausnehmen. Wenn wir das Flexibudget jetzt zu sehr auf bestimmte Bereiche konzentrieren, dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir es wieder auffüllen, um erfolgreich den Bezirken die Experimentiermöglichkeit zu geben, denn die Zielsetzung teilen wir. Wir müssen möglichst viele junge Menschen davor bewahren, dass sie notwendigerweise eine Hilfe zur Erziehung bekommen. Wenn sie sie dann bekommen müssen, dann müssen sie sie aber auch bekommen können. Ich glaube, da sind wir sehr einig.

Ein paar Punkte sind aufgetaucht, die mich einfach auch verwundert haben. Wenn ich dann in der Zeitung lese, es gäbe einen Vorbehalt der Träger gegen ein Freiplatzmeldesystem, dann kann ich nur mal in die Vertragskommission Jugend von 2018 reinschauen, da haben wir uns dazu vereinbart, dass wir das machen. Es ist halt bisher nicht passiert.

Die Jugendwohnagentur als Thema: Im Prozess der Wohnungslosenstrategiekonferenz gab es eine Arbeitsgruppe Jugend, die durfte ich moderieren, da haben wir explizit eine Jugendwohnagentur vorgeschlagen, das war 2019. Ich freue mich, dass sich das jetzt in dem Papier wiederfindet und hoffe, dass es dann jetzt tatsächlich auch mal umgesetzt wird, weil es eins unserer Kernprobleme ist, dass wir die jungen Erwachsenen in den Hilfen zur Erziehung natürlich nicht in die Wohnungslosigkeit entlassen können.

Aziz Bozkurt hat eben die Wohnungslosenhilfe oder die 67er-Leistungen und ASOG angesprochen. Das ist ehrlicherweise eine unserer Sorgen. Eine unserer Sorgen ist, dass wir in eine Budgetierungsform wie in den 67er-Hilfen kommen, die dazu führt, dass wir die Wohnungslosenhilfe nicht ausbauen und uns stattdessen anschauen, wie langsam die ASOG-Einrichtungen volllaufen. Das ist natürlich eine Sorge, die wir auch haben, wenn wir auf diese Prozesse schauen und gesagt wird: Wir wollen stärker steuern. Das ist aus unserer Sicht eine unwirtschaftliche Fehlsteuerung, die wir da machen. Wir geben den Menschen, denen wir vielleicht helfen könnten, dass sie ihre Wohnung nicht verlieren, nicht ausreichend die Hilfe und schauen uns dann lieber an, wie die ASOG-Einrichtungen volllaufen. Das sind natürlich auch Entwicklungen, die man da auch mit betrachten muss.

Ich glaube tatsächlich, wir müssen insbesondere Folgendes machen: Wir müssen noch mal darauf schauen, dass wir uns die Daten genauer anschauen, dass wir sie differenzierter erheben, dass wir die Erkenntnisse konkret auch aus Daten ableiten. Das kann man gemeinsam tun, und ich glaube, auf der Ebene sind wir auch sehr gern mit dabei. Dazu gehört zum Beispiel auch, sich mal anzuschauen, wie sind die durchschnittlichen Kosten pro Einwohner in verschiedenen Leistungsbereichen in anderen deutschen Großstädten. Das kann uns wichtige Erkenntnisse geben.

Wir müssen dann die Ziele klären, um die es geht, und da steht natürlich für die Wohlfahrtsverbände im Vordergrund, dass die Menschen ordentlich versorgt werden, und wir müssen dann eine strukturierte Bedarfserhebung haben und müssen uns darüber klar werden, wohin wir das soziale Berlin ausrichten wollen, auch unter Gesichtspunkten von Kosten. Selbstverständlich kann man darüber reden, muss man ja auch drüber reden, weil wir es ja stabil brauchen. Aber wir haben den Eindruck, dass in diesem Prozess an vielen Stellen schnell Maßnahmen geboren worden sind, die eben diese Vorabbetrachtungen nicht gemacht haben. Das war der Inhalt meiner Kritik. Insofern auch, Herr Wohler, das war für mich der Blick nach vorn. Wir haben da eine Chance, und die können wir zusammen tatsächlich nutzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen. Wir beginnen mit der Wortmeldung des Kollegen Ziller. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Zum einen will ich mal feststellen, es gab vom Senat jetzt keinen Hinweis, dass in dem Bericht irgendetwas vertraulich war, das würde ich mal so mitnehmen. Wir haben viele Hinweise bekommen, dass der Bericht gar nicht fundiert genug ist, sondern die Berichte, die wir in den letzten Wochen oder auch in den letzten Monaten in den Fachausschüssen bekommen haben, viel detaillierter, viel besser waren, als das, was jetzt hier kursorisch zusammengestellt wurde, und die anderen Berichte waren alle nicht vertraulich. Ich kann mich an eine Anhörung im Unterausschuss zu den Hilfen zur Erziehung, die sehr fundiert war, erinnern. So richtig viele zusätzliche Maßnahmen waren jetzt hier, glaube ich, nicht drin. Insofern ist das die qualitativ hochwertige Arbeit der Jugendverwaltung, die jetzt hier kursorisch eingeflossen ist, die öffentlich ist, die hat hier also auch keinen Hinweis auf irgendwelche Vertraulichkeiten.

Die Debatte zur Eingliederungshilfe und zur Zentralisierung hatten wir ja in der letzten Sitzung hier auch und ehrlicherweise zum Träger der Eingliederungshilfe: Ich glaube, 2020 hat Berlin mal diese Struktur entschieden. Von Anfang an gab es diese Debatte, auch mit der Vereinbarung, das weiter im Blick zu behalten und zu diskutieren, da kann ich jetzt auch keine Vertraulichkeit erkennen, und das, wenn man 2020 etwas entscheidet, 2025 darüber nachdenkt, ob das alles effizient ist, da fühle ich mich jetzt nicht zwei Jahre vor meiner Zeit, sondern das ist up to date. Dann würde ich eher sagen, hängt der Bericht so ein bisschen sozusagen in der Zeit, was erst mal nicht schlimm ist. Was dem Bericht dann angereichert wird und was vielleicht dann die Vertraulichkeit bei Ihnen nahelegt, sind die Schätzungen, was irgendwelche Bundesratsinitiativen oder Veränderungen auf Bundesebene mit sich bringen, das ist ja scheinbar eine große Hoffnung, dass Bundesgesetze geändert werden, dass sich Rechtsansprüche in Berlin verändern. Da bin ich auch bei Herrn Liecke, ich glaube, dass es zur Bündelung an der Person auch über verschiedene Rechtskreise auch für die Person besser ist als das, was wir jetzt machen, und gleichzeitig für das Land billiger. Da sind wir, glaube ich, durchaus einer Meinung. Das kann man hier mit einer geschätzten Zahl angeben, aber hat mit Berliner Steuerung jetzt auch wenig zu tun. Da hofft man, dass im Bund etwas passiert. Wir werden das sehen. Da sind ja hier zum Teil dreistellige Millionenbeträge, die bei den jeweiligen Hoffungsnummern an den Bund drinstehen. Das müssen wir mal sehen.

Was mich für die weitere Debatte schon interessiert, ich glaube, solche Runden wie heute, brauchen wir nicht allzu oft. Die Frage ist: Funktioniert die Fachdebatte in den jeweiligen Fachausschüssen? Zur Zielerreichung, und da, glaube ich, ist der Bildungs-/Jugendbereich

gut, vielleicht müssen wir das im Sozialbereich auch noch entwickeln, dass man da an der Stelle auch voneinander lernen kann, auch von den Debatten, dass im Bereich Soziales das auch besser geht. Wobei ich glaube, fairerweise sollte man jetzt mal diesen Zielvereinbarungsprozess Sozialämter einmal noch zu Ende machen und schauen, ob der ein belastbares Ergebnis bringt, was mit dem Haushalt dann auch finanziert und umgesetzt wird, weil ich glaube, die Sozialamtsstruktur oder Arbeitsfähigkeit ist ja einer der Schlüssel an der Stelle der Steuerung der Eingliederungshilfe.

Zwei inhaltliche Fragen, weil Frau Haußdörfer ja dankenswerterweise ein paar spannende Punkte gesagt hat: Gibt es senatsseitig noch einen Prozess, die Gedanken mit aufzunehmen, weil wir ja als Prävention das Flexibudget im Jugendbereich haben, was ja in der guten Arbeit im Jugendbereich liegt, aber wir haben die ganzen PEP-Mittel als Prävention für die Eingliederungshilfe nicht mit drin, wenn ich es richtig wahrnehme. Ist es nicht sinnvoll, dann den Bericht noch mal zu überarbeiten, vielleicht auch mit den Hinweisen aus den Fachverwaltungen noch mal auf den neuesten Stand zu bringen, aber dann an den Stellen, wo Eingliederungshilfe und Prävention Hand in Hand gehen müssen, das dann auch im Bericht mit aufnehmen? Dann hätte man da die Steuerungsmöglichkeit auch in einem Bericht und nicht auf mehrere Dokumente verteilt. Aber ich glaube, das müsste dann der aktualisierte Bericht sein und in meiner Vorstellung – und das haben die Kolleginnen ja gesagt, die Themen werden ja in der Fachlichkeit auch die ganze Zeit diskutiert – ist der nächste Bericht dann auch nicht mehr vertraulich, weil eine Debatte so nicht funktioniert.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Dr. Schmidt, bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Hoyer am Schluss gesagt hat. Wir haben mit dem Bericht eine Chance, die haben wir auf jeden Fall, denn es wird deutlich und das will ich hier explizit noch mal ausführen: Ich habe hier niemanden gehört, der gegen eine Steuerung irgendetwas eingewendet hat, und es geht auch überhaupt gar nicht darum, dass jetzt hier über Abbau von Leistungen gesprochen wird. Das habe ich vorhin überhaupt nicht ausgeführt, und Herr Staatssekretär Schyrocki, Sie haben da auch Dinge in meine Ausführung hineininterpretiert, die ich weder gesagt noch gemeint habe, sondern ich war damals Teil der Sozialausgabensteuerung, ich bin jetzt gern wieder aktiv, weil es natürlich ein Stück weit darum geht, diesen Riesenausgabenblock anzuschauen und gemeinsam zu schauen, wie wir die Ausgaben senken können, ohne die Leistungen zu beeinträchtigen.

Ein Ergebnis der damaligen Runde war übrigens das Flexibudget, und es zeigt ja, dass es genau der richtige Ansatz ist, zu schauen, wo wir wirklich vorher in bestimmte Leistungen reingehen können und damit teure Unterbringung verhindern. Wenn man sich das bei HzE mal genau anschaut, die Mengensteigerung in den meisten Hilfen ist um 0,5 bis 1 Prozent, aber bei den 34er-Hilfen, da rutschen wir richtig hoch, und deshalb müssen wir da wirklich auch gemeinsam schauen.

Ich will noch mal das, was Sie auch gesagt haben, Herr Liecke, doppelt unterstreichen, und deswegen gehört es auch hier in den Hauptausschuss und nicht nur in die Fachausschüsse – da muss es auch diskutiert werden –: Aber auch hier geht es tatsächlich darum zu schauen, wie wir eine Versäulung bei bestimmten Dingen vermeiden. Es geht nur gemeinsam. Wenn wir dann wieder schauen, du bist dafür zuständig, dann kommt nichts dabei herum. Wir müssen

beispielsweise auch viel stärker die Stadtentwicklung mit in die Pflicht nehmen, wenn Baumaßnahmen geplant werden, wenn neue Quartiere geplant werden. Liebe Leute, denkt genau diesen Bereich immer mit! Ob es jetzt die Wohngemeinschaft für junge Volljährige ist, die aus den Hilfemaßnahmen rauskommen, oder für wohnungslose Menschen, das ist völlig egal, aber es gehört hier in die Umsteuerung eine Gesamtverantwortung hin. Das habe ich vorhin auch angemahnt, wenn ich sage: Für eine Umsteuerung braucht es auch die Rahmenbedingungen. Da gehört das für mich alles dazu. Es gehört eben auch dazu, noch mal genau zu schauen – die Debatten im Bund laufen ja auch –, wo können wir viel stärker auch noch Bundesleistungen oder auch den Bund in die Pflicht nehmen. Ich nehme mal das Beispiel Krankenhilfe. Gerade im Jugendbereich, wie oft haben wir therapeutische Maßnahmen an Kinder und Jugendliche rausgegeben, weil wir genau wussten, wir haben hier keine Therapeuten vor Ort und in Charlottenburg kommt das Kind nie an. Das ist aber zweckentfremdet. Noch mal ganz deutlich das Plädoyer: Wenn wir hier tatsächlich erfolgreich umsteuern wollen, dass wir ressortübergreifend in die Bütt gehen, dass wir diejenigen, die die Leistungen umsetzen, rechtzeitig mit in die Bütt nehmen, weil ich keinen getroffen habe, der nicht ein Interesse daran hat, umzusteuern. Vor allem bei dem Umsteuern – das sage ich hier auch noch mal mit Nachdruck – braucht es auch keine Erhöhung von Bürokratie. Ich sehe in diesem Bericht Maßnahmen, die mehr Bürokratie bedeuten. Wir versuchen gerade, mit der Vereinfachung des Zuwendungsrechts Bürokratie abzubauen. Liebe Leute, lasst uns auf diesem Feld nicht Bürokratie aufbauen ohne Not! Da meine ich noch mehr Kontrollinstanzen in der Verwaltung nicht da, wo es notwendig ist, ich rede nicht vom Controlling, ich rede von Kontrolle und Bürokratie, die brauchen wir an der Stelle nicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann kommen wir zur abschließenden Antwortrunde, ich schaue mal in Richtung Senat, wer dazu etwas sagen möchte. – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das Ende der Anhörung erreicht. Ich darf mich bei Ihnen, Herr Hoyer, bedanken für Ihr Kommen! – Ich frage noch mal der Form halber, ob es Besprechungsbedarf zur vertraulichen roten Nummer 2157 I gibt? Dann müssten wir die Öffentlichkeit ausschließen, wenn das der Fall sein sollte. – Frau Kollegin Brychcy, aber dann müssten wir die Öffentlichkeit auch ausschließen.

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Wir würden gern noch mal kurz vertraulich beraten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann verfahren wir so.

Franziska Brychcy (LINKE): Es gibt noch ein paar Nachfragen, die wir jetzt an die Fachverwaltung gar nicht stellen konnten, die wir jetzt gern stellen wollen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann schließen wir die Öffentlichkeit jetzt an der Stelle aus, und ich bitte um ein Signal, wenn das gewährleistet ist. Der Livestream müsste dann bitte auch abgestellt werden.

[Fortsetzung der Protokollierung siehe nichtöffentliche Anlage zum Wortprotokoll]